

Bündnis Zukunft D-30451 Hannover Leinaustr.3

Deutscher Bundestag

- Postverteiler -

**An alle Mitgl. des Dt. Bundestages
Platz der Republik 1**

D-11011 Berlin

Bundesgeschäftsstelle

Thomas Bauer

D-30451 Hannover
Leinaustr. 3

thomasbauer@buendnis-zukunft.de
www.buendnis-zukunft.de

- Offener Brief -

Hannover, 9. Oktober 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

als nur Ihrem Gewissen verantwortliche Abgeordnete, erinnern wir Sie an Ihre Verpflichtung, Schaden von unserem Land fernzuhalten. Wir fordern Sie deshalb auf, keinem weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zuzustimmen. Jeder Kriegseinsatz der Bundeswehr in einem fremden Land widerspricht dem Sinn des Grundgesetzes.

Militärische Terrorismusbekämpfung ist blinder Aktionismus und ein bloßes Zugeständnis an alte Denkgewohnheiten und an die Rüstungsindustrie.

Die Entwicklung in Afghanistan zeigt, Krieg schafft keinen Frieden !

Diese untauglichen „Befriedungsversuche“ müssen schnellstens beendet werden. Die Fremdbestimmung anderer Völker wird - gleich aus welchen Motiven - auch bei großer militärischer Überlegenheit für hochverletzliche Industriestaaten immer riskanter.

Die Warnungen von Innenminister Schäuble vor Terroranschlägen mit nuklearen Waffen sollten darum eine ernsthaftere Risikoabwägung als bisher zur Folge haben.

Weil deutsche Tornados Aufklärungsbilder für US-Bomberziele liefern, zu deren Opfern auch Zivilisten gehören, sind Gegenreaktionen militanter Afghanen durch Anschläge in unserem Land durchaus denkbar. Dabei sind auch Anschläge auf Atomanlagen nicht auszuschließen. Die Aussage des ehemaligen US-Außenministers Powell, „Ich hoffe, die Monster in Afghanistan gehen uns nicht aus“ zeigt, dass es wohl auch noch um andere Dinge, als einen gerechten Frieden in diesem Land geht.

In den Jahren 2002 – 2006 stehen 82 Milliarden Dollar für Militärausgaben in Afghanistan nur 0,433 Milliarden Dollar für Ernährungs- und Gesundheitsprogramme in einem völlig friedensuntauglichen Missverhältnis gegenüber. (Versöhnungsbund) Eine solche Politik mit deutschen Militärausgaben in Höhe von jährlich 460 Millionen Euro (IMI Analyse 2007) zu unterstützen, ist unverantwortlich.

Wir appellieren daher an SIE, dieser Politik jede weitere Unterstützung zu versagen und gegen eine Verlängerung des Militäreinsatzes zu stimmen.

Bündnis für die Zukunft

Der Bundesvorstand

Bündnis Zukunft D-30451 Hannover Leinaustr.3

Deutscher Bundestag

- Postverteiler -

**An alle Mitgl. des Dt. Bundestages
Platz der Republik 1**

D-11011 Berlin

Bundesgeschäftsstelle

Thomas Bauer

D-30451 Hannover
Leinaustr. 3

thomasbauer@buendnis-zukunft.de
www.buendnis-zukunft.de

- Offener Brief -

Hannover, 9. Oktober 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

als nur Ihrem Gewissen verantwortliche Abgeordnete, erinnern wir Sie an Ihre Verpflichtung, Schaden von unserem Land fernzuhalten. Wir fordern Sie deshalb auf, keinem weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zuzustimmen. Jeder Kriegseinsatz der Bundeswehr in einem fremden Land widerspricht dem Sinn des Grundgesetzes.

Militärische Terrorismusbekämpfung ist blinder Aktionismus und ein bloßes Zugeständnis an alte Denkgewohnheiten und an die Rüstungsindustrie.

Die Entwicklung in Afghanistan zeigt, Krieg schafft keinen Frieden !

Diese untauglichen „Befriedungsversuche“ müssen schnellstens beendet werden. Die Fremdbestimmung anderer Völker wird - gleich aus welchen Motiven - auch bei großer militärischer Überlegenheit für hochverletzliche Industriestaaten immer riskanter.

Die Warnungen von Innenminister Schäuble vor Terroranschlägen mit nuklearen Waffen sollten darum eine ernsthaftere Risikoabwägung als bisher zur Folge haben.

Weil deutsche Tornados Aufklärungsbilder für US-Bomberziele liefern, zu deren Opfern auch Zivilisten gehören, sind Gegenreaktionen militanter Afghanen durch Anschläge in unserem Land durchaus denkbar. Dabei sind auch Anschläge auf Atomanlagen nicht auszuschließen. Die Aussage des ehemaligen US-Außenministers Powell, „Ich hoffe, die Monster in Afghanistan gehen uns nicht aus“ zeigt, dass es wohl auch noch um andere Dinge, als einen gerechten Frieden in diesem Land geht.

In den Jahren 2002 – 2006 stehen 82 Milliarden Dollar für Militärausgaben in Afghanistan nur 0,433 Milliarden Dollar für Ernährungs- und Gesundheitsprogramme in einem völlig friedensuntauglichen Missverhältnis gegenüber. (Versöhnungsbund) Eine solche Politik mit deutschen Militärausgaben in Höhe von jährlich 460 Millionen Euro (IMI Analyse 2007) zu unterstützen, ist unverantwortlich.

Wir appellieren daher an SIE, dieser Politik jede weitere Unterstützung zu versagen und gegen eine Verlängerung des Militäreinsatzes zu stimmen.

Bündnis für die Zukunft

Der Bundesvorstand